



Europa garantiert Datenschutz



von **Markus Ferber, MdEP**
Landesvorsitzender der Europa-Union Bayern e.V.

Die aktuelle Diskussion über das Abschöpfen von Daten durch die USA hat in Europa große Irritationen ausgelöst. Das Spionieren amerikanischer Geheimdienste stellt in jedem Fall eine schwere Belastung für die amerikanisch-europäischen Beziehungen dar und muss Konsequenzen haben. Doch die Debatte ist auch Wegbereiter für eine höhere Wertschätzung der Privatsphäre in Europa.

Die rasanten Entwicklungen der Informations- und Kommunikationstechnologie des Internets haben unser Leben grundlegend verändert. Online-Banking, soziale Netzwerke, Software-gesteuerte Infrastruktur und Einrichtungen gehören zum Alltagsleben in den Industrieländern.

Doch die Bedrohungen aus dem Cyberraum für jedes Land und jeden Einzelnen können schnell reale Auswirkungen haben, wie die aktuelle Debatte zeigt. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es wichtig, schnellstmöglich vollständige Transparenz über den Umfang der Bespitzelung herzustellen und die fraglichen Praktiken einzustellen.

Die Technologie entwickelt sich schnell, und den Rahmen für diese Entwicklungen setzen muss der nächste Schritt sein. Denn dieser Skandal bietet jetzt auch eine einmalige Chance. Eine breite Öffentlichkeit weiß über das Ausmaß von Überwachung Bescheid, was im Zeitalter der digitalen Kommunikation möglich ist. Das ist eine gute Möglichkeit für einen echten verbesserten europaweiten Datenschutz, weil sich das Bewusstsein verändert hat. Doch Deutschland kann als einzelner Staat im internationalen Datenverkehr relativ wenig regeln. Politische Maßnahmen ohne einen entsprechenden Rechtsraum helfen jedoch nicht, daher müssen wir zunächst die Herausforderungen definieren, vor denen wir

stehen. Worauf es dabei im Wesentlichen für uns Europäer ankommt ist doch, wie können wir die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit wahren?

Generell ist eine Neuregelung der EU-Datenschutzvorschriften überfällig, schließlich stammte die letzte Neuerung aus dem Jahr 1995. Die damaligen Vorgaben wurden von unterschiedlichen Mitgliedstaaten seither sehr unterschiedlich ausgelegt. Daher beklagen vor allem Unternehmen einen Flickenteppich aus 28 verschiedenen nationalen Datenschutzregeln in der EU. Nur mit einer einheitlichen Europäischen Datenschutzreform, die möglichst bald verabschiedet wird, werden den Verbrauchern eine bessere Kontrolle über die eigenen Daten ermöglicht oder auch einen Anspruch auf Löschung ihrer Daten aus sozialen Netzwerken wie Facebook gesichert werden. Aber das wird nur gelingen, wenn wir die europäische Ebene mit der nötigen Dynamik ausstatten, um der technischen Entwicklung entgegenzutreten zu können.

Im Fokus der aktuellen Überarbeitung des europäischen Datenschutzes stehen die neuen Regelungen zur Weitergabe von Kundendaten an Drittstaaten, insbesondere natürlich an die USA.

Künftig soll sichergestellt werden, dass US-Firmen nicht ohne klare gesetzliche Grundlage – etwa einem neuen Abkommen mit den Vereinigten Staaten, basierend auf EU-Recht – private Daten europäischer Kunden an ihre Regierung oder Geheimdienste weitergeben dürfen. Kommen Firmen dieser Verpflichtung nicht nach, drohen ihnen Strafen von bis zu fünf Prozent ihres Umsatzes, was bei Großkonzernen Milliarden Dollar ausmachen kann.

Aber auch die Wirtschaft ist gefragt. Heute sind Verschlüsselungssysteme für den Verbraucher meist noch zu kompliziert und un-

ständiglich zu bedienen. Wir brauchen Innovation und bequem zu bedienende Verschlüsselungssysteme.

Aber auch in der Öffentlichkeit muss ein größeres Bewusstsein für den Selbstschutz geweckt werden.

Als Europa-Union wissen wir, dass diese Aufgaben nur europäisch gelöst werden können. Umfassenden Datenschutz kann nur Europa garantieren. ☆

Lichtenfelser Erklärung der Europa-Union Bayern

Beschluss der Landesversammlung in Lichtenfels

Im kommenden Jahr findet vom 22. bis 25. Mai die Wahl des Europäischen Parlaments statt. Die Europa-Union Bayern ruft die Bürgerinnen und Bürger zur Beteiligung an dieser Wahl auf.

Die Europäische Union ist demokratisch verfasst. Der Vertrag von Lissabon hat Europas Demokratie gestärkt, indem er dem Europäischen Parlament mehr Befugnisse übertragen hat als je zuvor. Deswegen hat die Wahlentscheidung im Mai 2014 eine größere Tragweite als alle bisherigen Europawahlen: Das Europäische Parlament entscheidet nun als einzige direkt gewählte Institution über alle Gesetzesvorhaben und den EU-Haushalt mit. Das Parlament setzt die Europäische Kommission in ihr Amt ein und kontrolliert ihre Amtsführung. Es wählt den Präsidenten der Europäischen Kommission. Dabei muss das Ergebnis der Europawahl berücksichtigt werden. Indirekt bestimmen die Wähler also auch darüber mit, wer ab 2014 die Kommission leiten wird.

Das Parlament ist die Vertretung aller Unionsbürgerinnen und -bürger und es bildet die Vielfalt des geeinten Europa ab. Der Ausgleich unterschiedlicher Interessen ge-

Inhalt:

Europa garantiert Datenschutz <i>von Markus Ferber, MdEP</i>	S. 1
Lichtenfelser Erklärung der Europa-Union Bayern	S. 1
Nachbetrachtung Landesversammlung und Bundeskongress 2013	S. 2
Kieler Appell zur Europawahl 2014 <i>Beschluss des Bundeskongresses in Kiel zur Europawahl 2014</i>	S. 3
Junge Europäer Bayern	S. 4
Aus den Gliederungen	ab S. 5
Hinweise in eigener Sache – Impressum	S. 8

schen Delegierten des Bundeskongresses am Schwedenkai zu Kiel. Die Stimmung der Delegierten war gut und es war keine ablehnende Haltung gegenüber uns Bayern zu spüren.

Der Bundeskongress stand ganz im Zeichen der Europawahl 2014. Die Delegierten verabschiedeten daher gemeinsam den Kieler Appell zur Europawahl. Darin wurde festgehalten: Die Europa-Union ist überparteilich und hat daher bislang keine Wahlempfehlungen ausgesprochen. Bei der Europawahl 2014 rät unser Verband allerdings erstmals ausdrücklich von der Wahl von Parteien ab, die sich gegen die europäische Integration und den Euro stellen.

Bei den Wahlen wurde der bisherige Bundesvorsitzende Rainer Wieland in seinem Amt bestätigt. Bayern wird im neuen Bundesvorstand von Walter Brinkmann vertreten. Zudem wurde der ehemalige Landesvorsitzende der JE Bayern und stellvertretende Landesvorsitzende Matthias Zürl als Vertreter der JEF in das Präsidium gewählt. Die neue Beitragsordnung war ebenfalls Gegenstand der Beschlussfassung durch den Kongress. Sie wurde mit großer Mehrheit angenommen. Sämtliche Bayerische Delegierte enthielten sich ihrer Stimme. ★



europa-union deutschland
Mitwirken am Europa der Bürger

Kieler Appell zur Europawahl 2014

Beschluss des Bundeskongresses vom
10.11.2013

Wir haben die Wahl: Am 25. Mai 2014 werden die Abgeordneten des Europäischen Parlaments zum achten Mal direkt gewählt: Rund 400 Millionen Europäerinnen und Europäer aus den 28 EU-Mitgliedstaaten sind aufgerufen, insgesamt 751 Europaabgeordnete zu wählen; 96 davon werden aus Deutschland kommen.

Bei der Europawahl steht nicht Europa zur Wahl. Es geht darum, welche politischen Kräfte im Europäischen Parlament die Mehrheit haben. Es geht darum, welche Persönlichkeiten Sie in dem Parlament vertreten. Und auch wer Präsident der Europäischen Kommission und Kommissar wird, hängt von der Zusammensetzung des Parlaments ab. Wer soll Europa in den nächsten fünf Jahren regieren? Wie soll Europa regiert werden? Das müssen die 500 Millionen EU-Bürger gemeinsam entscheiden. Diese Europawahl findet in einer schwierigen Phase der euro-

päischen Integration statt: Eine mehrjährige Abfolge verschiedener Krisen und ihre Auswirkungen haben viele Bürgerinnen und Bürger verunsichert und an Europa, am Euro und an "Brüssel" im Allgemeinen zweifeln lassen. Versuchen, unter dem Deckmantel berechtigter Kritik an einzelnen EU-Entscheidungen, die Ablehnung der europäischen Integration als Ganzes zu betreiben, treten wir **entschieden entgegen**. Der Vertrauensverlust ist in der öffentlichen Debatte spürbar: Polemische Stimmungsmache gegen den Euro und die europäischen Institutionen sind in Deutschland ebenso salonfähig geworden wie Forderungen nach einer Renationalisierung europäischer Zuständigkeiten. Dies versuchen Populisten in mehreren Mitgliedsstaaten für eine Renationalisierung auszunutzen.

Auch die europäischen Staats- und Regierungschefs haben zu dieser Schwächung beigetragen, in dem sie die einzige direkt demokratisch gewählte Institution der Europäischen Union, das Europäische Parlament, von wichtigen Entscheidungen zur Stabilisierung der Währungsunion ausgeschlossen und ihre Entscheidungen nur untereinander - im Wege des Völkerrechts - beschlossen haben.

Jedoch wird das Licht am europäischen Horizont langsam wieder heller. So unpopulär die Rettungsaktionen sowohl hier wie auch in den unterstützten Staaten waren, sie zeigen positive Wirkungen. Noch sind längst nicht alle Probleme gelöst. Doch nimmt die Konsolidierung ihren Lauf und an den Finanzmärkten ist Beruhigung eingetreten. Entgegen vieler düsterer Prognosen hat sich die Eurozone nicht aufgelöst. Ein Austritt aus dem Euro steht nirgendwo mehr ernsthaft auf der Agenda. Deshalb kommt es bei der Europawahl darauf an, dass eine vernünftige Stabilisierungspolitik fortgesetzt wird, die es um eine soziale Dimension zu ergänzen gilt. Auch kommt es im Europawahlkampf darauf an, die erreichten Fortschritte bei der Überwindung der Finanzkrise und bei der Umsetzung der „Europa-2020-Strategie“ zu verdeutlichen. Dies ist bisher kaum der Fall. Wenige haben die europäische Integration verteidigt, auch viele Regierungen nicht.

Die Europa-Union Deutschland ist über diese Entwicklungen in der Europäischen Union und in Deutschland zutiefst beunruhigt und befürchtet, dass europaskeptische und europafeindliche Parteien im nächsten Europäischen Parlament verstärkt Einzug halten werden, nicht zuletzt auch deshalb, weil das

Bundesverfassungsgericht für die Europawahlen die frühere Fünfprozentklausel aufgehoben hat. In dieser Situation muss entschlossen entgegengesteuert werden. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger Europas in die Europäischen Institutionen muss zurückgewonnen werden. Europäische Politik muss erlebbarer und emotionaler werden.

Der Kieler Kongress der Europa-Union Deutschland - gestützt auf das Hertensteiner und das Düsseldorfer Programm - appelliert an die wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger, an die Vertreter/-innen der europäischen Zivilgesellschaft, die bei der Europawahl antretenden Kandidaten und Kandidatinnen der verschiedenen Parteien und die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union, sich für die folgenden Forderungen einzusetzen:

1. Der Wahlkampf zu den Europawahlen 2014 soll ausschließlich zu europäischen Themen geführt werden. Die Bürgerinnen und Bürgern müssen Vertrauen in das Gewicht ihrer Stimme bei den Wahlen gewinnen und davon überzeugt werden, dass sie mit ihrer Stimme die Entscheidungen auf europäischer Ebene und den Fortgang der europäischen Integration wirksam mitgestalten können. Damit werden die Voraussetzungen für eine hohe Wahlbeteiligung geschaffen.

2. Gemeinsam mit der demokratischen Zivilgesellschaft, den Parteien und den Parlamenten der verschiedenen politischen Ebenen soll die demokratische Legitimation Europas insgesamt gestärkt und eine europäische Bürgergesellschaft mit einer europaweiten Öffentlichkeit entwickelt werden. Die Parteien sollen, wie vorgesehen, europaweite Spitzenkandidaten der Parteienfamilien nominieren und den Wahlsieger für die Wahl des Kommissionspräsidenten vorschlagen. Nur so können die Bürgerinnen und Bürger auch erkennen, wer für welches Programm steht. Bei den Europawahlen 2019 sollen dann wirklich europäische Parteien mit transeuropäischen Wahllisten antreten.

3. Das neu gewählte Europäische Parlament muss dem Europäischen Rat frühzeitig und unmissverständlich deutlich machen, dass nur solche Kandidaten für die Präsidentschaft der Kommission in Betracht gezogen werden, die eine Mehrheit des Parlamentes hinter sich haben und alle anderen abzulehnen: In einer europäischen Demokratie entscheiden die Volksvertreter, nicht die nationalen Regierungen, wer die euro-

päische Exekutive anführt.

4. Die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft. Sie muss die Rechte ihrer Bürgerinnen und Bürger, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit entschlossen verteidigen. Fehlentwicklungen innerhalb der Mitgliedstaaten muss entschieden entgegen gewirkt werden.

5. Der Weg zur vollen Parlamentarisierung der Europäischen Union, die im Vertrag von Lissabon angelegt ist, muss entschlossen fortgesetzt werden. Hierzu gehört es auch, dass die Europäische Kommission zu einer europäischen Regierung werden muss, die sich - gestützt auf eine Parlamentsmehrheit - auf wichtige europäische Handlungsfelder konzentriert und darauf achtet, dass Überregulierung durch den europäischen Gesetzgeber unterbleibt.

6. Alle auf europäischer Ebene zu treffenden Entscheidungen müssen in Zukunft auf der Grundlage der Gemeinschaftsmethode getroffen werden mit einer starken Rolle von Europäischem Parlament, Kommission und Rat. Auch die Entscheidungen des Europäischen Rates der Regierungschefs bedürfen der demokratischen Zustimmung durch Parlament und Rat und, wenn nationale Zuständigkeiten betroffen sind, auch der nationalen Parlamente. Die Umgehung der Mitwirkung des Europäischen Parlaments durch intergouvernementale Vereinbarungen der Regierungschefs hinter verschlossenen Türen hat das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Europäischen Institutionen beschädigt.

7. Der Euro ist und bleibt die gemeinsame Währung der EU und eine wichtige Errungenschaft der europäischen Einigung. Er hat sich bewährt, stiftet Identität und dient Europa. Der Geldumtausch entfällt, Einkäufe im Ausland sowie das Reisen werden erleichtert, die Inflationsraten sind niedrig. In Zeiten der Globalisierung sind nationale Währungen kleiner EU-Staaten zu schwach. Der Euro hingegen ist stark genug, um mit der Leitwährung Dollar und anderen wichtigen Währungen zu konkurrieren.

8. Das Auseinanderfallen von Euro- und (Noch)Nicht-Euro-Mitgliedern muss verhindert werden. Deshalb sollen der Wirtschafts- und Währungsunion möglichst alle EU-Mitglieder beitreten. Der Beitritt Lettlands zum Euro Raum am 1. Januar 2014 ist ein wichtiges Signal. Bei einer vertraglichen Vereinbarung von neuen Handlungsstrukturen ist darauf zu achten, dass diese in einer Weise

in den Rahmen der bestehenden EU-Institutionen eingefügt werden, dass die Eurozone stabil und handlungsfähig, gleichzeitig aber integraler Bestandteil der Europäischen Union bleibt.

9. Die Rückverlagerung von Kompetenzen auf die Nationalstaaten wird abgelehnt. Zugleich muss die Debatte über die künftige Aufgabenverteilung zwischen der EU, den Mitgliedstaaten und ggf. den Regionen und Kommunen unter Beachtung der Prinzipien von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit ergebnisoffen und ernsthaft geführt werden. Viele Bürgerinnen und Bürger erwarten eine handlungsfähige EU, die sich vor allem um die globalen Fragen und grenzüberschreitenden europäischen Fragen kümmert. Nicht in jedem Fall ist eine kleinteilige Regelung auf europäischer Ebene notwendig. Aus unserer Sicht müssen die Handlungskompetenzen der europäischen Ebene beispielsweise vor allem auch in der Außen- und Sicherheitspolitik gestärkt werden. Angesichts der Herausforderungen der Globalisierung und einer multipolaren Welt mit neuen starken Konkurrenten und Machtzentren ist die europäische Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit in der Außen- und Sicherheitspolitik grundlegend für Europas Zukunft.

10. Um künftige Krisen gemeinschaftlich besser abwehren zu können, muss die EU zu einer echten Politischen Union ausgebaut werden, die auch außenpolitisch handlungsfähig ist. Vor allem aber muss die Europäische Union energische Schritte zur Überwindung der Arbeitslosigkeit – vor allem der unerträglich hohen Jugendarbeitslosigkeit in den Defizitländern – in Angriff nehmen. Die Flüchtlingstragödien im Mittelmeer erfordern endlich eine solidarische und am Menschen orientierte, gemeinsame europäische Antwort sowohl in der Asyl-, Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik als auch in der europäischen Entwicklungspolitik. Die Bürgerinnen und Bürger, sowohl in den Mitgliedstaaten der Eurozone als auch in den weiteren EU-Mitgliedstaaten müssen sich auf die Solidarität der gesamten Europäischen Union verlassen können.

11. Zur Stärkung der europäischen Demokratie soll in den EU-Verträgen vorgesehen werden, dass die europäischen Bürgerinnen und Bürger ihre umfassenden unionsbürgerlichen Wahlrechte – auch wenn sie nicht die Staatsbürgerschaft ihres Wohnsitzlandes haben – nicht nur bei Kommunalwahlen und den Europawahlen ausüben können, sondern auch bei Regionalwahlen und bei

Wahlen zu den nationalen Parlamenten.

12. Nach den Europawahlen soll möglichst bald ein bürgeroffener Konvent mit einem umfassenden Mandat zur Weiterentwicklung der vertraglichen Grundlagen der EU einberufen werden, um die notwendigen Reformen in Angriff zu nehmen. Die vom Konvent vorgelegten Ergebnisse sollen den Unionsbürgerinnen und Unionsbürger oder ihren parlamentarischen Vertreterinnen und Vertretern unverändert zur Ratifikation vorgelegt werden.

Die Europa Union Deutschland ist überparteilich und hat bislang nie Wahlempfehlungen abgegeben. Bei der Europawahl 2014 jedoch rät sie ausdrücklich von der Wahl von Parteien ab, die sich gegen die europäische Integration und den Euro stellen. Europagegner können im Europäischen Parlament nichts Positives bewegen. ★

JUNGE EUROPÄER BAYERN

Matthias Zürl mit dem Europäischen Bürgerpreis ausgezeichnet – Zwei von fünf Bürgerpreis-Medaillen an Junge Europäische Föderalisten

Das Europäische Parlament hat dieses Jahr die Junge Europäische Bewegung Berlin-Brandenburg für die Ausrichtung der "Simulation Europäisches Parlament" (SIMEP) und Matthias Zürl für sein Engagement als Vorsitzender der Jungen Europäer Bayern ausgezeichnet.



Der Europäische Bürgerpreis wird jedes Jahr an Projekte und Bürgerinnen und Bürger verliehen, die sich besonders um die Europäische Einigung verdient gemacht haben. Bei 5 deutschen Preisträgern gingen dieses Jahr gleich 2 Medaillen an Projekte und Aktive aus Landesverbänden der JEF.

Mit der SIMEP wurde ein seit Jahren erfolgreiches Projekt des Berlin-Brandenburger Landesverbands ausgezeichnet. Das Europäische Parlament würdigte die Leistung und das ehrenamtliche Engagement Matthias Zürls in seiner Funktion als langjähriger Vorsitzender des bayrischen Landesver-

bands der JEF. "Europa findet nicht nur in Brüssel und Straßburg statt, sondern auch vor Ort in Bayern. Wir JEFer setzen uns vor Ort ein und bringen Europa damit jungen Menschen näher. Ich bin sehr glücklich über diesen Preis, weil er auch eine Anerkennung unseres regionalen und lokalen Wirkens ist!", kommentierte der ehemalige Landesvorsitzende der Jungen Europäer Bayern und stellvertretende Landesvorsitzende der Europa-Union Bayern, Matthias Zürl, die Preisverleihung.

Der JE-Landesvorsitzende Jonas Lang schließt sich den Glückwünschen an: „Als JEF fordern wir nicht nur föderale politische Strukturen für Europa – durch die vielen Aktivitäten auf allen Ebenen leben wir den Föderalismus vor! Herzlichen Glückwunsch an die JEB und Matthias Zürl für die verdienten Auszeichnungen!“ ★

AUS DEN GLIEDERUNGEN

BEZIRKSVERBAND OBERBAYERN

Franz Hölzl mit der Medaille der Europa-Union in Gold ausgezeichnet



Franz Hölzl mit dem Landesvorsitzenden und den Delegierten seines Bezirksverbandes

Franz Hölzl, Ehrenvorsitzender der Europa-Union Oberbayern kommt aus der europäischen Jugendbewegung der 50-er Jahre. Schon mit 15 trat er den Jungen Europäischen Föderalisten in München bei und war mit 19 Jahren Kreisvorsitzender und später stv. Landesvorsitzender der JEF Bayern. Als Aufgaben der Europa-Union bezeichnet Franz Hölzl v. a. zwei Bereiche: Information und Begegnung. Damit ergänzt die Europa-Union aus seiner Sicht sinnvoll die Politik der Regierungen.

In Anerkennung hervorragender Verdienste um die Einigung Europas und die Europa-Union Deutschland zeichnete der Präsident der EUD, Rainer Wieland, Franz Hölzl mit der Medaille der Europa-Union in Gold aus. Damit fand ein langjähriges, außergewöhn-

liches Engagement für unsere Organisation eine angemessene Würdigung. ★

KV Berchtesgadener Land Europa braucht Visionen - Europa-Union lud zum ersten Europaabend ein

„In der Europäischen Union läuft nicht alles rund, jedoch bringt sie enorme Chancen mit sich“, so der allgemeine Tenor am vergangenen Freitag beim ersten Europaabend der Europa-Union Berchtesgadener Land im Pfarrheim St. Zeno, Bad Reichenhall. Als Hauptredner hatte die Europa-Union Dr. Pio Baissero gewonnen, einen Europa-Fachmann und langjährigen Freund aus dem italienischen Görz.



Stefan Wieneke begrüßt die Gäste beim ersten Europaabend des Kreisverbandes BGL

Europa sei von sehr wichtiger Bedeutung, machte der Kreisvorsitzende der heimischen Europa-Union, Stefan Wieneke, gleich zu Beginn seiner Begrüßungsansprache deutlich. Deshalb habe man mit dem Europaabend neben dem Europatag nun eine neue jährliche Veranstaltung installiert. Den Anfang machte dieses Jahr als Hauptredner Dr. Pio Baissero, welcher seit 1991 als Direktor der mit der Europa-Union befreundeten Europaakademie Görz agiert. Genau wie Bad Reichenhall ist auch Baissero's Heimat Görz eine Grenzstadt. Die Europäische Union lässt diesen Umstand mehr und mehr verschwinden, zumal Görz – ähnlich dem deutschen Beispiel Görlitz mit Polen – eine länderübergreifende Stadt ist. So gibt es neben dem italienischen Gorizia auch den slowenischen Teil „Nova Gorica“.

Europa steckt auch nach Ansicht des Fachmanns aus Italien in einer Krise. Vor allem an einem politischen Willen fehle es. Die Schuld für wirtschaftliche Probleme einzelner Länder schiebe man gerne zu den „Bürokraten nach Brüssel“. Dadurch entwickle sich eine anti-europäische Stimmung. Gerade in den südlichen Ländern, wo enorme – aber nicht von der EU verursachte – wirtschaftliche Probleme vorherrschen, wüssten die Politiker nicht mehr was zu tun ist. Lösungsansätze aus der Krise, welche vor allem wirtschaftlicher Art bedingt sei, gäbe es viele. Nur fehle es laut Dr. Baissero an einer europäischen Regierung, welche die Entscheidungen für alle treffen könne.

Die Schaffung eines europäischen Bundesstaates könne zur Lösung der genannten Probleme in den Augen Baissero's „von großen Nutzen sein“. In jedem Falle müssten alle Beteiligten Visionen entwickeln, welche man dann in der Öffentlichkeit diskutieren könne. „Nur mit Visionen kann auch der Versuch gelingen, die Bürger von der europäischen Idee zu überzeugen“. Die Europawahlen im nächsten Jahr seien hierfür ein wichtiges Datum.

In der anschließenden Diskussion ging es unter anderen um den Beitrittskandidaten Türkei und die Erfolgsaussichten der Visionen des Hauptredners Dr. Baissero. ★

BEZIRKSVERBAND NIEDERBAYERN

Auszeichnung der Republik Kroatien

Für besondere Verdienste im wirtschafts- und gesundheitspolitischen Bereich um die Republik Kroatien verlieh Staatspräsident Prof. Dr. Ivo Josipovic dem Bezirksvorsitzenden der Europa-Union Niederbayern den Orden des Morgensterns.



Konrad Kobler (l.) bei der Ordensverleihung in der kroatischen Botschaft in Berlin

Botschafter Dr. Miro Kovač überreichte ihm die Ordensinsignien im Rahmen einer kleinen Feier in der kroatischen Botschaft in Berlin und würdigte den Ordensträger als Brückenbauer zwischen Kroatien und Bayern. ★

KV Landshut

Besuch in der Mailänder Scala

Als Festspielreise stand in diesem Jahr ein Opernabend in der Mailänder Scala auf dem Programm.

Vor Besuchern aus Europa und der Welt wurde am 200. Geburtstag des Komponisten Giuseppe Verdi die Oper „Aida“ aufgeführt. Die musikalische Leitung oblag Gianandrea Noseda der mit seinem international besetzten Orchester und den Solisten vor einem internationalen Publikum bewies, dass Musik und Kultur einen großen Beitrag zur Völkerverständigung liefern. ★

BEZIRKSVERBAND OBERPFALZ

Ergebnis der Neuwahlen

Bezirksvorsitzender:

Anton Götz (Regensburg)

Stv. Bezirksvorsitzende:

Karoline Hastreiter (Amberg-Sulzbach),

Günther Heuschneider (Regensburg)

Schatzmeister:

Uwe-Karsten Mühlenbeck (Tirschenreuth)

BEZIRKSVERBAND UNTERFRANKEN

60 Jahre Europäischer Wettbewerb – Wanderausstellung zur Geschichte des Europäischen Wettbewerbs in Würzburg

Zum 60. Europäischen Wettbewerb hatte die Regierung von Unterfranken ihr Foyer für eine Doppelausstellung von Schülerleistungen des Wettbewerbs 2013 "Wir sind Europa! Wir reden mit!" und einem historischen Rückblick in einer Wanderausstellung zur Geschichte des Wettbewerbs geöffnet.

Im Auftrag des Bezirksverbandes hatte der stellv. Vorsitzende und Schulbeauftragte des Bezirks, Edgar Schuck, wieder die alljährliche Ausstellungen organisiert. Zum runden Geburtstag erwartete ein festlicheres und umfangreicheres Programm als üblich die Gäste zur Vernissage am 15. Oktober. Eine Musikgruppe des Deutschhaus Gymnasiums schuf ein mitreißendes Rahmenprogramm mit klassischer und moderner Musik von Haydn bis zu Theme from New York, New York. Die Steptanzgruppe des Deutschhaus-Gymnasiums bot einen begeisternden Tanz aus dem Musical Chess. Eine finanzielle Anerkennung für diese Leistung stellte wie in den letzten Jahren der Landkreis Würzburg zur Verfügung, vertreten durch die stellvertretende Landrätin Elisabeth Schäfer.

Regierungs- und Bezirkstagspräsident unterstrichen in ihren Grußworten die Bedeutung dieses Wettbewerbs für die Jugend in Europa. Dr. Paul Beinhofer nahm in seinen Ausführungen Bezug auf das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger, das zum 20. Jahrestag der Einführung der Unionsbürgerschaft die Rolle des EU-Bürgers hervorhebt. "Basierend auf Verfassung und Gesetzgebung und getragen von allgemein gültigen Wertvorstellungen sind wir gemeinsam mit den Politikern, unseren gewählten Volksvertretern, verantwortlich für den Frieden, die Freiheit, die Beachtung der Menschenrechte, den Schutz der Umwelt und die Achtung jedes Einzelnen, um nur einige wenige Aspekte gemeinsamer Verantwortung zu nennen", sagte er.



Die Akteure der Jubiläumsausstellung in Unterfranken

Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel meinte mit Bezug auf das Thema des Europäischen Wettbewerbs 2013 Wir sind Europa! Wir reden mit: „Nur wer mitredet, kann auch mitgestalten. Aber vor dem Mitreden kommt immer erst das Mitdenken. Um das Mitdenken ging es dem Europäischen Wettbewerb von Anfang an.“

Beiträge von Schülern zu ihren Bildern sowie Gedanken von OStRin Irene Gräß vom Olympia-Morata-Gymnasium Schweinfurt zum Wettbewerb aus der Sicht einer Lehrerin rundeten die vielfältigen Eindrücke ab. Frau Dr. Anja Weisgerber, scheidende Europaabgeordnete, nutzte die Gelegenheit, den Bundespreisträger André Ahlers vom Jack-Steinberger-Gymnasium Bad Kissingen über seine schriftliche Arbeit "NoDiscrim A14" zu interviewen. Er verpackt im wahren Sinne des Wortes seine Gedanken zur Diskriminierung in einen Beipackzettel zu dem Medikament NoDiscrim A14, "zur Anwendung bei Kindern und bei Erwachsenen jeden Alters bei Verstößen gegen das in Art. 14 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) festgelegte Verbot der Diskriminierung." ★

KV Bad Kissingen

Bundesverdienstkreuz für Dr. Michael Peter – Ehrung eines echten Europäers

Am 20.11.2013 erhielt der Kreisvorsitzende der Europa-Union Bad Kissingen in der Würzburger Residenz das Bundesverdienstkreuz.



Dr. Michael Peter (Mitte) ist neuer Träger des Bundesverdienstkreuzes

Die verdienstvolle Auszeichnung erhält damit ein überzeugter Europäer, der sich seit 1960 für die Europäische Idee engagiert und durch seine Europabegeisterung in dieser Zeit unzählige Jugendliche und Erwachsene für Europa gewinnen konnte. Seit dem Jahr 2000 führt Dr. Peter den Kreisverband Bad Kissingen. Die Jungen Europäer im KV stel-

len europaweit den stärksten Kreisverband der Jugendorganisation. Als Gründer des Europazentrums in Bad Kissingen schaffte er nicht nur eine Anlaufstelle für alle, die sich ehrenamtlich mit Europa befassen, sondern stellt mit der Bibliothek des Zentrums auch sein großes Europaarchiv für die Allgemeinheit zur Verfügung. ★

BEZIRKSVERBAND MITTELFRANKEN

KV Nürnberger Land

Ergebnis der Neuwahlen

Kreisvorsitzender:

Dr. Gerhard Beuschel

Stv. Bezirksvorsitzende:

Wolfgang Rösch, Thomas Ritter, Dr.

Hartmut Herzog

Schatzmeister:

Volker Thym

Ein Verband mit vielen Aktivitäten

Herausragende Programmpunkte 2013 des EU-Kreisverbands waren die Mitorganisation der Ehrung mittelfränkischer Landessieger im 60. Europ. Wettbewerb, seit 22 Jahren der Infostand mit Quiz beim jährlichen Europafest des korporativen EU-Mitglieds SPD OV Altdorf, die Wochenprogrammgestaltung und -begleitung für die polnische Schülergruppe des vor 11 Jahren dem Gymnasium Lauf / Pegnitz vom EU-Kreisverband vermittelten II Liceums Rumia, die Vermittlung und Begleitung des 84-jährigen Prof. Jerzy Grzywacz (Sopot / PL) als Zeitzeugen des Warschauer Aufstandes 1944 an drei Gymnasien in Landkreis und Metropolregion, die einwöchige Studienfahrt mit 41 Teilnehmern zu Bundesbank, NATO-Stellen in Geilenkirchen und Mons, EP mit MdEP Kastler und Kommission in Brüssel mit Stadtführung und auf der Heimreise durch Worms mit Dom und die Jahreshauptversammlung mit gut besuchtem Vortrag vom Präsidenten des Europ. Wirtschaftssenats Dr. Ingo Friedrich zum Thema „Europa in eine gute Zukunft führen“ als Auftakt der Aktivitäten vor der Europawahl 2014.



Der Kreisverband Nürnberger Land bei der NATO in Geilenkirchen

Die Neuwahlen bestätigten die bisherige Vorstandschaft mit Dr. Gerhard Beuschel als

Kreisvorsitzenden. Im jährlichen vorweihnachtlichen Beisammensein in Lauf gestaltete Lisbeth Happ gemeinsam mit der Frau von Schatzmeister Thym den besinnlichen Teil unter Einbeziehung der Anwesenden. Für 2014 ist wieder wie 2008 eine Woche „Auf Wallensteins Spuren durch Böhmen“ geplant. ★

KV Roth-Schwabach

Kulturbazar des Integrationsrates Schwabach

Seit 20 Jahren hat der Kulturbazar des Integrationsrates Schwabach einen festen Platz im Sommerprogramm der Stadt. Dieses Jahr beteiligte sich erstmals die Europa-Union mit einem Europa-Quiz an diesem kulturellen und multinationalen Fest. Die Vorsitzenden Richard Gelenius und Hans-Heinrich Schneider hatten hierzu einen Fragebogen zu europäischen Themen ausgearbeitet, der gerne angenommen wurde. Erstaunlich waren die zahlreichen richtigen Lösungen zu den 12 Fragen; die besten Preisträger bekamen Bildbände zu europäischen Städten, Regionen und Landschaften. Es ist daran gedacht, diese Aktion, ausländische Mitbürger mehr für europäische Belange zu interessieren und ihnen mehr Landeskennnisse zu vermitteln, zu wiederholen. ★

BEZIRKSVERBAND OBERFRANKEN

Siegerehrung im 60. Europäischen Wettbewerb am 18. Juli 2013 im Meranier – Gymnasium in Lichtenfels

Zur Auszeichnung als Landessieger im 60. Europäischen Wettbewerb konnten der Direktor des Meranier-Gymnasiums, Stefan Völker, und Rainer Taubert, Bezirksvorsitzender der Europa-Union Oberfranken, sowie Dr. Klemens Brosig, Abteilungsdirektor der Regierung von Oberfranken, im Meranier-Gymnasium in Lichtenfels 52 Schülerinnen und Schüler von 11 Grund- Haupt-, Real- und Berufsschulen, sowie Gymnasien aus ganz Oberfranken empfangen.

Rainer Taubert sagte, der Wettbewerb sei jetzt schon 60 Jahre alt, aber nicht in die Jahre gekommen. Die Schüler haben aktuell diskutierte politische Grundsatzen Themen länderübergreifend sehr eindrucksvoll künstlerisch dargestellt. Beispielsweise mit der Darstellung „vom Reagenzglas direkt auf den Teller“. Direktor Stefan Völker hieß die Gäste willkommen und wies erfreut auf die lebendigen Schulparterschaften des Meranier-Gymnasiums zu den Gymnasien Ariccia, Cournon und Cesky Brod hin. Der stellvertretende Landrat Helmut Fischer

überbrachte die Grüße des Schirmherrn der Veranstaltung, Landrat Christian Meißner.



Preisträger des 60. Europäischen Wettbewerbs bei der Verleihung der Preise in Oberfranken

Für die Regierung von Oberfranken, die den Wettbewerb federführend in Oberfranken durchführt, brachte Dr. Klemens Brosig seine Freude zum Ausdruck, dass der Wettbewerb jungen Menschen im Alter von 16 bis 21 Jahren die Gelegenheit geboten habe, im Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger unter dem Motto „Wir sind Europa – wir reden mit!“ in gestalterischen Arbeiten ihre Empfindungen, Vorstellungen und Visionen zu präsentieren.

Im ersten Modul war ein Thema „Sich kennen und verstehen lernen, mit einander sprechen“. Gegenstand eines weiteren Moduls war unter anderem „Andere Europäische Sprachen haben in der Deutschen Sprache ihre Spuren hinterlassen. Mach Dich auf die Suche und stelle solche Wörter auf geeignete Weise vor.“

Weitere Themen in anderen Modulen war etwa „Mitreden. Wer mitreden will, muss informiert sein und den Mund aufmachen“ oder „Ich habe Rechte - du hast Rechte“.

Dr. Brosig wies deswegen darauf hin, dass es eine Europäische Staatsbürgerschaft gebe und jeder das Recht habe frei zu reisen und im Ausland einen Beruf auszuüben. „Es lohnt sich auf jeden Fall eine Sprache zu büffeln!“ ★

BEZIRKSVERBAND SCHWABEN

KV Memmingen

Memmingen begrüßt Kroatien als Vollmitglied der EU

Am 1. Juli 2013 ist das südosteuropäische Land Kroatien nach langjährigen und gründlichen Beitrittsverhandlungen Vollmitglied der EU geworden. Aus diesem Anlass besuchte der Generalkonsul der Republik Kroatien in Bayern, Petar Uzorinac, auf Einladung des Kreisverbandes der Europaunion Memmingen und dessen Vorsitzenden, Lajos Oszlari, die bayerische Stadt.

Nach der Stadtbesichtigung und dem Empfang bei Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger mit dem Eintrag in das Goldene Buch der Stadt Memmingen, stellte der General-

konsul in einem fundierten Vortrag in der Stadthalle vor über hundert interessierten Zuhörerinnen und Zuhörern das mitteleuropäische und mediterrane Land Kroatien vor. Dabei schilderte er die wechselvolle Geschichte des Staates und seine geographische Lage an der Grenze zwischen West und Ost. Uzorinac erläuterte das politische System einer gut funktionierenden Demokratie in Verbindung mit der aktuellen Wirtschaftslage. Besonders betonte der Generalkonsul „die gegenseitigen Vorteile einer Mitgliedschaft in der Union und den Investitionspotentialen der Republik, wie in den Bereichen erneuerbare Energien, biologische Landwirtschaft, Tourismus, usw.“. „Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Bayern und Kroatien ist sehr gut entwickelt, ersichtlich ist dies aus dem Engagement der deutschen Unternehmen wie Siemens, Telekom, Hipp und anderen“, so Uzorinac.

Die meisten Touristen, die die zahlreichen Natur- und Kulturschönheiten des Landes besuchen, stammen gerade aus Bayern. Kroatien wird aus diesem Grund nächstes Jahr auch das Partnerland der Tourismusmesse „free“ in München sein.

Auf der anderen Seite leben und arbeiten geschätzte 70.000 kroatische Staatsbürger in Bayern, deren Integrationsleistung in der deutschen Gesellschaft einen vorbildlichen Charakter hat.

„Der Beitritt Kroatiens zeigt, dass Europa nach wie vor ein Friedensprojekt ist“, so der Vorsitzende des Kreisverbandes, Lajos Oszlari. ★

Besuch bei der EZB und beim ZDF

Im Rahmen einer viertägigen Reise besuchte die Europa-Union u.a. die Europäische Zentralbank in Frankfurt. Dort hielt Herr Ansgar Dewes, Principal Secretariat Official DIV Secretariat, eine ausführliche Präsentation mit einer anschließenden Diskussion über die EZB und die derzeitige finanzpolitische Situation.

Ein weiterer Höhepunkt war der Vortrag des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten a.D. Kurt Beck, der über die aktuellen Themen der europäischen Politik berichtete, welche von einer sehr lebhaften Diskussion mit den Teilnehmern begleitet wurde. Ebenso vielbeachtet wurde die Führung durch das ZDF Zentrum in Mainz. ★

BEZIRKSVERBAND MÜNCHEN

Deutscher Botschafter fordert Respekt für Spanien

Der deutsche Botschafter in Spanien, Rein-

hard Silberberg, sprach im Rahmen der Reihe ‚Diplomaten im Dialog‘ des Instituts für Auslandsbeziehungen auf Einladung der Europa-Union München und der Gesellschaft für Außenpolitik am 30. Oktober im Instituto Cervantes in München. Er begann seinen Vortrag mit einer ‚Diagnose des Patienten‘: ausuferndes Staatsdefizit, hoher Staatsschuldenstand, dramatischer Anstieg der Arbeitslosigkeit, rigider Arbeitsmarkt mit ineffiziente Vermittlung, zu teures Gesundheitswesen, nicht durchfinanziertes Rentensystem – alle dachten, er spräche über Spanien vor drei Jahren; weit gefehlt: dies waren die Charakteristika Deutschlands im Jahr 2002/2003. Diese Krise hat Deutschland durch Reformen gut überstanden und ist daher für Spanien eine Art Referenzgröße.

Die Zahlen für Spanien aus 2009 sind bekannt; seitdem hat die Regierung Rajoy ein ungeheures Reformtempo vorgelegt: das Haushaltsdefizit durch Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen von 11,2% auf 6,5% reduziert, den Arbeitsmarkt flexibilisiert, die automatische Anpassung der Löhne an die Inflation gemeinsam mit Gewerkschaften und Arbeitgebern abgeschafft, freie Berufe liberalisiert, eine Schuldenbremse beschlossen und den Finanzsektor reformiert.

Neben der Finanzkrise wurde Spanien durch das Platzen einer Immobilienblase schwer belastet. In 2007 wurden z.B. in Spanien mehr Wohnungen gebaut als in Deutschland, Italien und Frankreich zusammen. Dies schlug sich in faulen Krediten der Banken nieder. Mit europäischer Hilfe wurde der Finanzsektor gerettet. Spanien erhielt eine Kreditlinie in Höhe von 100 Mrd. Euro zur Sanierung des Bankensektors verbunden mit strikten Auflagen. Spanien setzte alle geforderten Auflagen um, nahm aber bisher nur 41,4 Mrd. Euro der Kreditlinie in Anspruch, sodass sie wahrscheinlich Ende des Jahres auslaufen kann.

Es bleiben aber noch schwierige Baustellen: die unerträglich hohe Jugendarbeitslosigkeit, die Korruption und die nach wie vor bestehende Schattenwirtschaft; auch die weiter notwendige Konsolidierung des Haushalts ist eine große Herausforderung. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit wird u.a. durch Projekte, die von der KfW und ihrem spanischen Korrespondenzinstitut mit zusammen 8 Mrd. Euro gefördert werden, angegangen.

Die eingeleiteten Maßnahmen wirken, denn Spaniens Exporte steigen, die Lohnstückkosten sinken, die Wirtschaft wächst wieder (wenn auch erst nur leicht). Deutschland

und seine Bürger sollten großen Respekt für die Anstrengungen der Spanier haben und sich erinnern, dass Spanien immer ein verlässlicher Partner in der EU war. ★

Wie profitiert München von Europa?

Gemeinsam mit „Europe Direct–Informationszentrum München & Oberbayern“ veranstaltete die Europa-Union München am 16. Oktober 2013 in der Münchner Stadtbibliothek Am Gasteig eine Podiumsdiskussion mit dem Thema „Wie profitiert München von Europa?“.

Nach Begrüßungsworten von Walter Brinkmann, Europa-Union München, und Mercedes Nemeth, Europe Direkt, in der gut besuchten Europa-Lounge führte Moderator Hans Oberberger von Antenne Bayern in die Thematik ein. Diskussionsteilnehmer waren Dr. E. Wolowicz, Kämmerer der Stadt München, RA Alexander Lau, IHK München und Oberbayern sowie Dr. Peter Eisner, Fraunhofer Gesellschaft München. Sie berichteten jeweils darüber, wie ihre Institution von EU-Förderungen, -Initiativen und -Einrichtungen direkt profitieren. Mit einer Exportquote von 75% sei die Münchner Wirtschaft abhängig von offenen Grenzen und freiem Warenverkehr in der EU. Sie profitiere in besonderem Masse von der gemeinsamen Währung und vom einheitlichen Binnenmarkt mit gemeinschaftlichen Regeln – auch wenn vor allem kleinere Unternehmen gelegentlich unter der „Brüsseler Regelungswut“ stöhnten.

Für München sei es sehr vorteilhaft, Sitz des Europäischen Patentamts zu sein. Die Stadt, Wirtschaft und Forschungseinrichtungen profitierten zudem direkt von diversen EU-Förderprogrammen. Noch wichtiger sei – insbesondere im Forschungsbereich – der vereinfachte Möglichkeit grenzüberschreitender Kooperationen.

Schließlich war es allen Diskussionsteilnehmern wichtig darauf hinzuweisen, dass die Bedeutung der Europäischen Union nicht am direkten Nutzen für Unternehmen oder Institutionen gemessen werden sollte. Die große Leistung der Europäischen Gemeinschaft sei zunächst einmal die Friedenssicherung in Europa gewesen. In der heutigen globalisierten Welt mit aufstrebenden Mächten wie etwa China und Indien könne Deutschland seine Werte und seine Interessen, z.B. in der Wirtschafts- Handels-, Umwelt-, Energiepolitik, nicht mehr alleine vertreten; dies sei nur möglich im Verein mit den europäischen Partnern. Hier läge heute die eigentliche Bedeutung der Europäischen Union für uns alle. ★

AUSZEICHNUNGEN

Mérite Européen in Silber
Markus Ferber, MdEP
Landesvorsitzender

Europäischer Bürgerpreis
Matthias Zürl
stv. Landesvorsitzender

Medaille der Europa-Union in Gold
Franz Hölzl
Ehrevorsitzender BV Oberbayern

Orden des Morgensterns
der Republik Kroatien
Konrad Kobler, MdL a.D.
Bezirksvorsitzender Niederbayern

HINWEISE - IN EIGENER SACHE

**Bekanntgabe der Gläubiger
Identifikationsnummer der Europa-
Union Bayern im SEPA-
Lastschriftverfahren:**
DE74ZZZ00001009668

63. Landesversammlung
04./05. April 2014, IHK-Akademie,
Orleanstr. 10-12, 81669 München
Hauptredner: Martin Schulz, Präsident
des Europäischen Parlamentes

Mitgliederoffener Bundesausschuss
Frühjahr 2014

Wir wünschen ein Gutes Neues Jahr!

Das Redaktionsteam entbietet allen
Lesern ein frohes Weihnachtsfest,
verbunden mit einem guten und
erfolgreichen neuen Jahr 2014.

Wir bedanken uns bei allen Autoren
und fleißigen Helfern in den
Gliederungsverbänden und der
Geschäftsstelle für die Beiträge und
dürfen zu den bekannten Bedingungen
auch im kommenden Jahr wieder auf
interessante Berichte über die
Verbandsaktivitäten hoffen.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Europa-Union Bayern e.V.
Oberanger 32, 80331 München
Tel.: (089) 260 34 75
Fax: (089) 260 37 50
E-Mail: buero@eu-bayern.de
Internet: www.eu-bayern.de

Redaktion (v.i.S.d.P.):

Anton Freiherr von Cetto, Walter Brinkmann,
Rainer Taubert, Johannes Lindinger

Grafiken, Layout und Satz:

Johannes Lindinger M.A.

Druck:

Lindnerdruck, 86899 Landsberg am Lech

